

Wolfgang Wenzel

beschied er unter dem 8.6.1868 aufgrund der eingezogenen Erkundigungen nach Sigmaringen, daß die *in dortigen Kreisen verbreitete Annahme, als ob die Großherzoglich Badische Regierung geneigt sei, die Ablachlinie aufzugeben und dafür über Paul und Laiz nach Sigmaringen zu bauen, irrig ist. Dieselbe hält vielmehr an der Linie durch das Ablachthal und deren Fortsetzung von Krauchenwies nach Mengen fest. Daß sie hierzu nach Maßgabe des Vertrags vom 3. März 1865 berechtigt ist, unterliegt keinem Zweifel*⁵⁹.

Dennoch war die Bahnhofsanlage im Langen Garten zwischenzeitlich vom Tisch. Es bedurfte nur einer unmittelbaren Intervention des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen vom 26.3.1868, in der dieser, wie zuvor schon sein Hofkammer-Direktor, die Besorgnis ausdrückte, daß durch die dortige Bahnhofsanlage eine alte und schöne Lindenallee zerstört und die Benutzung des Prinzen-Palais benachteiligt werden würde, um die Königliche Regierung in Sigmaringen durch den Minister von Itzenplitz am 30.3.1868 zu veranlassen, keinesfalls Festlegungen zu treffen, welche mit den Wünschen des Herrn Fürsten nicht in Einklang stünden. Die Bahnhofsfrage sollte nunmehr, wie schon der Königliche Regierungspräsident in Erwiderung auf die übersandten Pläne in einem Schreiben vom 30.12.1867 an die Königlich Württembergische Eisenbahnbau-Commission⁶⁰ angeregt hatte, in kommissarischen Verhandlungen von Vertretern aller drei beteiligten Regierungen geklärt werden, auf welchen Vorschlag auch die beteiligten beiden anderen Länder eingingen, hierbei sich der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten die Entscheidung auf preußischer Seite allerdings vorbehielt. Nach weiteren Untersuchungen kam es am 1.3.1869 in Sigmaringen zu der vereinbarten Beratung. Es wirkten mit: Direktor von Klein und Baurat Schlierholz als Vertreter der Königlich Württembergischen Eisenbahnbau-Commission, Oberbaurat Gerwig als Vertreter der Großherzoglich Badischen Ober-Direktion des Wasser- und Straßenbaues, der Geheime Oberbaurat Weishaupt, Kommissarius des Königlich Preußischen Handels-Ministeriums, der Regierungspräsident von Blumenthal nebst dem Regierungsrat Longard und dem Baurat Laur als Vertreter der hiesigen Königlichen Regierung, schließlich der Oberamtmann von Manstein, der Fürstliche Hofkammerdirektor Stroppel und der Bürgermeister Gastel mit zwei Mitgliedern der Bürgerkollegien. Zur näheren Diskussion gelangten nurmehr zwei Projekte. Das eine, wonach der Bahnhof zwischen dem Landesspital und der Stadt in der Längsrichtung gegen Gorheim angelegt werden sollte (Landesspital- oder Burgwiesenprojekt). Zum anderen hatte sich ein weiteres Projekt herausgeschält, wonach der Bahnhof in der sog. Au und zwar nordöstlich der Hedinger Allee zu liegen kommen sollte. Von Seiten der Vertreter Württembergs und Badens wurde diesem wegen der Vermeidung weiterer Donaukorrekturen und damit geringerer Kostspieligkeit der Vorzug gegeben, während sich die anwesenden Vertreter der Stadt für die vorzugsweise Berücksichtigung des Projekts am Landesspital aussprachen. Diesen pflichteten auch der Hofkammer-Direktor und der Baurat Laur mit den Argumenten bei, daß zum einen eine Zufuhr von außen nur von den westlich und nordwestlich der Stadt gelegenen Ortschaften her zu erwarten sei, indem sich die übrigen benach-

59 StAS Dep 1 T. 3 Nr. 1560.

60 Wie Anm. 53.